

Anfragen zum Plenum in der 40. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Klaus Adelt
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Suizide und Suizidversuche von Asylbewerberinnen und -bewerbern in bayerischen Asylbewerberheimen in den Jahren 2012, 2013 und 2014 (bis 1. September 2014) sind der Staatsregierung bekannt (bitte aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken und Asylbewerberheimen)?

Hubert Aiwanger
(FREIE WÄHLER)

Aufgrund der vielen altersbedingten Abgänge bei der Bayerischen Polizei in den nächsten Jahren und der immer umfangreicher werdenden Aufgaben für die Polizeibeamten, frage ich die Staatsregierung, können in Niederbayern und Oberfranken – den einzigen beiden Regierungsbezirken, in denen es noch keinen Ausbildungsstandort für angehende Polizisten gibt – nicht Standorte geschaffen werden, um mehr Polizeianwärtern eine wohnortnahe Ausbildung zu ermöglichen, wie viele niederbayerische und oberfränkische Polizeianwärter besuchten in den vergangenen zehn Jahren Ausbildungsstandorte in anderen Regierungsbezirken (bitte einzeln nach Ausbildungsstandorten auflisten) und ist die Staatsregierung nicht auch der Meinung, dass man mit Ausbildungsstandorten in Niederbayern und Oberfranken den ländlichen Raum stärken würde, anstatt zu riskieren, dass junge Polizeianwärter ihre Ausbildung beispielsweise im benachbarten Thüringen vollziehen?

Inge Aures
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Behörden will der Staatsminister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, Dr. Markus Söder, nach Nordbayern verlagern und welche Landkreise sollen von den Plänen des Staatsministers profitieren?

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, was sind die Gründe dafür, dass laut Zeitungsberichten die Verluste bei der Landesbanktochter MKB nochmals bis Jahresende auf rund 770 Mio. Euro steigen werden, ob es zutreffend ist, dass das Engagement der Landesbank bei der MKB dann insgesamt rund 2 Mrd. Euro beträgt und warum diese enorme Steigerung des Fehlbetrags im Jahr 2012 noch nicht erkennbar war (siehe dazu Antwort der Staatsregierung zu meiner Anfrage zum Plenum vom 13. Februar 2012, Drs. 16/11416)?

Margarete Bause
(GRU)

Nachdem in den Medien über schwere Misshandlungen an Asylbewerberinnen und Asylbewerbern durch Mitarbeiter der privaten Sicherheitsfirma „European Homecare“/SKI Wach- und Sicherheitsgesellschaft aus Nürnberg in Flüchtlingsheimen in Nordrhein-Westfalen berichtet worden ist, frage ich die Staatsregierung, ob diese Firma auch in Bayern im Zusammenhang mit Flüchtlingsunterkünften eingesetzt wurde und welche Erfahrungen – vor allem im Hinblick darauf, wie die Verträge ausgestaltet sind und wie die Kontrolle sichergestellt wird – es mit dieser und gegebenenfalls mit anderen privaten Sicherheitsfirmen in Bayern gibt?

Susann Biedefeld
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, warum hat sie trotz unveränderter Sachlage ihre Meinung bezüglich einer finanziellen Förderung des geplanten Verkehrslandeplatzes in Coburg geändert (bezugnehmend auf eine Antwort des Staatsministers des Innern, für Bau und Verkehr, Joachim Herrmann, an mich im Dezember 2013 auf eine Anfrage zum Plenum – siehe Drs. 17/306), mit welcher genauen Fördersumme kann der Wirtschaftsstandort Coburg im Falle eines neuen Verkehrslandeplatzes konkret rechnen und wo im vorliegenden Entwurf des Doppelhaushalts 2015/2016 ist ein Haushaltsansatz für die von Staatsminister Joachim Herrmann versprochenen Fördermittel zu finden?

Florian von Brunn
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ob das Landratsamt Miesbach bei der Genehmigung, Bauschutt zum Wegebau im Bergwald bei Schliersee zu verwenden, ein Vorgang über den der Bayerische Rundfunk („Kontrovers“) am 23. September 2014 und die ARD („PlusMinus“) am 24. September 2014 berichtet haben, alle relevanten Vorschriften des Umwelt- und Naturschutzrechtes berücksichtigt hat (z.B. Umgang mit Abfällen, Schutz der Gesundheit, Schutz von Grundwasser und Boden, Auswirkungen auf etwaige Schutzgebiete bzw. gesetzlich geschützte Biotope), insbesondere welche Aufbereitungszertifikate für den Bauschutt dem Landratsamt im Zuge des Genehmigungsverfahrens vorgelegt wurden (bitte mit Angabe des Ausstellers und Datums der vorgelegten Nachweise), und ob die zuständige Staatsanwaltschaft bereits aufgrund der in Betracht kommenden Straftaten, wie zum Beispiel des Unerlaubten Umgangs mit Abfällen (§ 326 des Strafgesetzbuches – StGB), ein Ermittlungsverfahren eingeleitet hat?

Kerstin Celina
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Flüchtlinge derzeit in Unterfranken registriert sind, wie viele von ihnen bereits über ein Jahr auf einen Bescheid warten und wie viele Plätze in Notunterkünften und Asylbewerberheimen derzeit zur Verfügung stehen (nach Möglichkeit aufgeschlüsselt nach Landkreisen)?

Dr. Sepp Dürr
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, ob sie die von der Grünen Bundestagsfraktion und von Organisationen wie LobbyControl und Transparency International erhobene Forderung nach einem Gesetz für Karenzzeiten ausgeschiedener Regierungsmitglieder vor dem Wechsel in die Wirtschaft teilt und ob sie Bedarf für eine bayerische Regelung sieht, um u.a. Interessenskonflikte früherer

- Mitglieder der Staatsregierung bei anwaltschaftlichen Aktivitäten gegen den Freistaat auszuschließen?
- Dr. Hans Jürgen Fahn**
(FREIE WÄHLER)
- Ich frage die Staatsregierung, wie viele Asylsozialarbeiter gibt es derzeit in Bayern (bitte aufgeschlüsselt nach Gemeinschaftsunterkunft und nach Regierungsbezirken), und wie hoch ist jeweils hier der Betreuungsschlüssel im Verhältnis zu den Asylbewerbern und wird die Staatsregierung in allen Gemeinschaftsunterkünften oder nur in allen Erstaufnahmeeinrichtungen einen Betreuungsschlüssel von 1 : 100 umsetzen (bitte auch die geplanten Mehrkosten und den Umsetzungszeitpunkt angeben)?
- Günther Felbinger**
(FREIE WÄHLER)
- Nachdem am Freitag die Staatsministerin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, Ilse Aigner, einen Dialog über neue Stromtrassen in Bayern angekündigt hat und der Stromtrassenbauer TenneT GmbH seine Dialogveranstaltung zum Bau der Stromtrasse SüdLink deshalb bis auf Weiteres ausgesetzt hat, frage ich die Staatsregierung, weshalb dieser angekündigte Dialog über die neuen Stromtrassen erst jetzt und nicht bereits vor einem Jahr initiiert wurde und wie sollen in diesen Dialogprozess die Bürger und Kommunen der betroffenen Landkreise, beispielsweise Bad Kissingen und Main-Spessart, eingebunden werden und bis wann ist mit einem Abschluss des Dialogprozesses mit eindeutigem und verbindlichem Ergebnis für alle Betroffenen zu rechnen?
- Markus Ganserer**
(GRU)
- Ich frage die Staatsregierung, wie viele Kommunen stehen in Bayern unter Haushaltsvorbehalt, ist eine Abstimmung zwischen dem Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr und dem Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat bezüglich der Verwendung der Stabilisierungshilfen für diese Kommunen auch für Investitionen wie den Breitbandausbau inzwischen erfolgt und wenn ja, wie viele Kommunen beabsichtigen, Mittel aus den Stabilisierungshilfen für den Breitbandausbau zu nutzen?
- Prof. Dr. Peter Paul Gantzer**
(SPD)
- Wie beurteilt die Staatsregierung die aufsichtsrechtliche Beanstandung durch das Landratsamt München einer Bestimmung in der Geschäftsordnung des Gemeinderats der Gemeinde Pullach aus dem Jahr 2008, durch welche den Gemeindebürgerinnen und Gemeindebürgern in den Sitzungen des Gemeinderats der Gemeinde Pullach bzw. seiner Ausschüsse ein Rederecht eingeräumt werden sollte, und schließt sich die Staatsregierung der Meinung an, dass ohne die Schaffung der gesetzlichen Voraussetzung für ein solches Rederecht durch eine entsprechende Änderung der Gemeindeordnung ein auf einen Tagesordnungspunkt bzw. Beratungsgegenstand der Sitzung des Gemeinderats oder seiner Ausschüsse bezogenes Rederecht für Gemeindebürgerinnen und Gemeindebürger allein durch eine Bestimmung der Geschäftsordnung des Gemeinderats nicht eingeführt werden kann?
- Thomas Gehring**
(GRU)
- Ich frage die Staatsregierung, wie viele Asylbewerberinnen bzw. -bewerber und Flüchtlinge im schulpflichtigen und im berufsschulpflichtigen Alter hielten sich zum letzten Erhebungszeit-

punkt in Bayern auf, wie viele dieser schulpflichtigen Kinder besuchen die Regelschule oder ein spezielles Unterrichtsangebot, wie viele dieser berufsschulpflichtigen Jugendlichen besuchen die Berufsschule oder ein spezielles Unterrichtsangebot (bitte aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken und Unterrichtsangeboten)?

Ulrike Gote
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie setzt sich der im Ausschreibungsverfahren zur Top Level Domain Bayern angekündigte Beirat mit staatlicher Beteiligung und Vertreterinnen bzw. Vertretern anderer Interessengruppen und Verbänden genau zusammen (Name und Funktion), wie hoch ist der Gewinnanteil, den die Bayern Connect GmbH an soziale und kulturelle Einrichtungen abtritt (Bitte um Auflistung) und wie wird die Gewinnbeteiligung des Freistaats Bayern genau berechnet?

Eva Gottstein
(FREIE WÄHLER)

Anlässlich des Besuchs am 5. August 2014 des Staatssekretärs der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, Albert Füracker, im Landkreis Eichstätt und des Staatsministers für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst, Dr. Ludwig Spaenle, am 16. September 2014 in der Stadt Ingolstadt frage ich die Staatsregierung, wann, von wem und auf welche Weise wurden die zuständigen Betreuungsabgeordneten (bitte namentlich nennen) über diese Aufenthalte informiert, sodass sie bei der jeweiligen Veranstaltung anwesend sein konnten?

Volkmar Halbleib
(SPD)

Da der Staatsminister des Innern, für Bau und Verkehr, Joachim Herrmann, dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen, Ende August 2014 die Prioritätenliste der großen Baumaßnahmen des Einzelplans 03 A mitgeteilt hat, frage ich die Staatsregierung, wie sieht die Prioritätenliste der großen Baumaßnahmen aller Ressorts – gliedert nach den Kategorien „neue Baumaßnahmen, die zeitgerecht begonnen werden können“, „Baumaßnahmen, die wegen fehlender Haushaltsmittel nur mit zeitlicher Verzögerung begonnen werden können“ und „Baumaßnahmen, für die derzeit kein Planungsauftrag möglich ist“ – aus?

Ludwig Hartmann
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ist die Fördersumme, die für den Ausbau des Skigebiets am Sudelfeld genehmigt wurde, wurden diese Gelder bereits vom Investor abgerufen und falls nicht, wann ist mit einer Entscheidung über die Förderhöhe zu rechnen?

Christine Kamm
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Plätze werden in den jeweiligen Erstaufnahmeeinrichtungen in Schweinfurt, Augsburg, München, Zirndorf, Bayreuth, Deggendorf und Regensburg zu welchem konkreten Zeitpunkt zur Verfügung stehen und wie viele Plätze stehen momentan und künftig in den Erstaufnahmeeinrichtungen München und Zirndorf und den zugehörigen Außenstellen (auch in den Provisorien in Donauwörth, Fürth, etc.) zur Verfügung?

Annette Karl
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der aktuelle Planungsstand für die angekündigten Verlagerungen von Behörden in den ländlichen Raum und wie sieht der weitere Zeitplan für diese Verlagerungen aus?

Günther Knoblauch
(SPD)

Im Zusammenhang damit, dass in den Jahren 2013 und 2014 ca. 52 Prozent der archäologischen Maßnahmen in den Fällen einer vermuteten Denkmaleigenschaft („Vermutungsflächen“) einen positiven Befund und damit den Nachweis eines Bodendenkmals nicht erbrachten, frage ich die Staatsregierung, welche Fachbehörde die Vermutungsflächen festlegt, ob es gegen die Festlegung Rechtsbehelfe gibt und wer in den Fällen, in denen sich die Denkmalvermutung nicht bestätigt, die Kosten der archäologischen Untersuchung der Vermutungsflächen trägt?

Natascha Kohnen
(SPD)

Angesichts dessen, dass das Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie eine Fassung des Konzeptes „Energie innovativ“ vom Mai 2011 unter dem aktualisierten Datum August 2014 als Publikation auf der Webseite führt, frage ich die Staatsregierung, wann eine inhaltlich aktualisierte Fassung des Energiekonzeptes „Energie innovativ“ veröffentlicht wird, welche Zielsetzungen der Energiewende inhaltlich im Vordergrund stehen, insbesondere in Bezug auf Energienetze (Strom, Gas, Wärme), die Ausbauziele der Windkraft und die Verbindung von Energiewende und Klimaschutz in Bayern?

Nikolaus Kraus
(FREIE WÄHLER)

Aufgrund eines Augenzeugenberichts, wonach ein früherer Bundespolitiker am Münchner Flughafen nicht die für Passagiere üblichen Kontrollen durchlaufen muss, weil er „auf einer Liste stehe“, frage ich die Staatsregierung, ob es eine solche Liste tatsächlich gibt, wer auf dieser Liste aufgeführt ist und warum diese Personen nicht kontrolliert werden müssen?

Ulrich Leiner
(GRU)

Vor dem Hintergrund einer globalisierten Welt mit einem große Distanzen in kurzer Zeit überbrückendem Flugverkehr, internationaler Schifffahrt und den Weltfrieden bedrohenden Kriegen mit daraus resultierenden stark anwachsenden Flüchtlingsströmen frage ich die Staatsregierung, inwiefern hat sich Bayern auf ein mögliches Auftreten des Ebola-Virus in Bayern vorbereitet, welche Präventionsmaßnahmen wurden getroffen (z.B. Untersuchung von Flüchtlingen, ausreichende Quarantänestationen, medizinisches Personal) und wie wird die Bevölkerung im Falle eines möglichen Auftretens des Ebola-Virus aufgeklärt?

Peter Meyer
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie sind die Stellen der vierten Qualifikationsebene im Bereich der Polizei bayernweit verteilt (bitte aufgeschlüsselt nach Besoldungsgruppen und Dienststellen; d.h. Polizeipräsidien, Bayerisches Landeskriminalamt, Bayerisches Polizeiverwaltungsamt, Präsidium der Bayerischen Bereitschaftspolizei und den Polizeiinspektionen) und nach welchem Schlüssel erfolgt diese Verteilung?

Jürgen Mistol
(GRU)

Nachdem sich die Bundesregierung auf die Einführung einer Mietpreisbremse bei Wiedervermietungen geeinigt hat, frage ich die Staatsregierung, welche Kriterien müssen die Bundesländer für die Umsetzung der Mietpreisbremse erfüllen, sind die für die Zulassung der Mietpreisbremse definierten „angespannten Wohnungsmärkte“ demnach identisch mit den Gebieten der Zweiten

Kappungsgrenzenenkungsverordnung im Freistaat und plant die Staatsregierung darüber hinaus, die Laufzeit für Gebiete gemäß § 1b der Zweiten Kappungsgrenzenenkungsverordnung auf volle fünf Jahre auszuweiten?

Ulrike Müller
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der Planungs- bzw. Sachstand bei der Verlängerung der Straßenbahnlinie 3 von Augsburg bis Königsbrunn, wie hoch werden die Kosten für Bau und Betrieb der Strecke eingeschätzt und wäre ein paralleler Betrieb von Straßenbahnlinie und der bereits existierenden Schnellbuslinie auch in Zukunft möglich bzw. sinnvoll?

Ruth Müller
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ist es korrekt, dass erst Kinder ab dem dritten Lebensjahr am Schulfruchtprogramm teilnehmen können, widerspricht dies nicht dem Beschluss des Plenums 17/2715 vom 16. Juli 2014, in dem eine Ausweitung auf Kindertagesstätten gefordert wurde und auf welcher rechtlichen Grundlage beruht die Beschränkung der Kinder, die in den Genuss des Schulfruchtprogramms kommen können?

Alexander Muthmann
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, unter welchem Haushaltstitel sind im Regierungsentwurf für den Doppelhaushalt 2015/2016 Mittel bereitgestellt für die Verwaltungskostenpauschale, die Träger von Naturparks erhalten, für welche Zwecke erhalten die Naturparkvereine sonstige Zuschüsse (Kap. 12 04 Titel 893 72-0) und wie ist es zu erklären, dass unter diesem Haushaltstitel für das Jahr 2013 Ausgaben von 954.700 Euro ausgewiesen werden, in der Antwort auf die Schriftliche Anfrage Drucksache 17/2792 hingegen ausgeführt wird, dass die Naturparkvereine in Bayern im Jahr 2013 insgesamt rund 1,7 Mio. Euro an sonstigen Zuschüssen erhalten haben?

Thomas Mütze
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der konkrete Sachstand im Planfeststellungsverfahren zur Verlängerung der S4 von Ansbach nach Dombühl, bis wann wird mit einem Planfeststellungsbeschluss zu rechnen sein und was ist der Grund dafür, dass das Verfahren bis heute noch nicht abgeschlossen ist, obwohl im Juli 2012 die Staatsregierung in ihrer Antwort auf meine Schriftliche Anfrage (Drucksache 16/12964) geantwortet hat, dass im Herbst 2012 die Planfeststellung eingeleitet wird?

Verena Osgyan
(GRU)

Nachdem im aktuellen Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 (Haushaltsgesetz 2015/2016 – HG 2015/2016 auf Drs. 17/2871) in Kapitel 07 03 unter dem Haushaltstitel 686 24 Kosten für die Einrichtung eines „Zentrums für Digitalisierung“ aufgeführt sind, frage ich die Staatsregierung zur konkreten Erläuterung dieser Maßnahmen, welcher Personalschlüssel für das Zentrum für Digitalisierung vorgesehen ist, ab wann es seine Tätigkeit aufnehmen soll und welche konkreten Projekte, FuE-Kooperationsprojekte und Fördermaßnahmen für Gründerinnen und Gründer dabei geplant sind (bitte Auflistung der Einzelmaßnahmen und veranschlagten Budgets)?

Kathi Petersen
(SPD)

Vor dem Hintergrund der bereits seit langem erwarteten und absehbaren dramatisch zunehmenden Anzahl von Flüchtlingen, die in den Freistaat Bayern kommen, frage ich die Staatsregierung, wie viele Flüchtlinge sie derzeit wöchentlich in den Regierungsbezirk Unterfranken schickt, wie sie der Bezirksregierung sowie den Kommunen konkret bei der Unterbringung behilflich ist und wie sie die Landkreise und Kommunen konkret finanziell bei der Bewältigung der sozialen Aufgaben (z.B. Sprachkurse, medizinische Versorgung, Sicherstellung des Angebotes des öffentlichen Personennahverkehrs, Besuch von Kindertagesstätten, Kindergärten und Schulen) sowie hinsichtlich des wachsenden Personalbedarfs – sowohl für Verwaltungsaufgaben als auch für die Betreuung der Flüchtlinge – unterstützt?

Hans-Ulrich Pfaffmann
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ob die Verwendung von möglicherweise schadstoffbelastetem Bauschutt zum Wegebau im Bergwald bei Schliersee, über den der Bayerischen Rundfunk („Kontrovers“) am 23. September 2014 und die ARD („PlusMinus“) am 24. September 2014 berichtet haben, mit den weiteren zu beteiligenden Fachbehörden (zuständiges Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – AELF – bzw. dem zuständigen Wasserwirtschaftsamt) abgestimmt wurde (mit Nennung des Datums und Inhalts der Stellungnahme des Försters bzw. Wasserwirtschaftsamts), ob angesichts der Menge des aufgebrachten Bauschutts noch von dem vorgeschriebenen Hauptzweck des Wegebaus ausgegangen werden kann (unter Berücksichtigung der durchschnittlichen Füllhöhe und Wegebreite für den betroffenen Wegabschnitt) und ob das Landratsamt Miesbach überprüft hat, ob sortenreiner, aufbereiteter Bauschutt nur als Unterbaumaterial verwendet wurde?

Doris Rauscher
(SPD)

Da die Sperren nach Angaben der erholungssuchenden Bevölkerung und des Landrats von Ebersberg nach wie vor aufrechterhalten werden und gemäß der Beschilderung der Zutritt nach wie vor verboten ist, frage ich die Staatsregierung, welche Möglichkeiten haben die Bürgerinnen und Bürger auf Grundlage der Stellungnahme der Staatsregierung vom 2. Juni 2014 zur Landtagspetition „Landschaftsseen in Pliening“ (Aktenzeichen UV.0039.17), ihr Betretungsrecht auf dem nördlichen Teilbereich des Geländes zeitnah einzufordern, und welche konkreten Konsequenzen hat es, wenn Bürger ihr allgemeines Betretungsrecht auf dem Gelände, auf dem kein Kiesabbau stattfindet, trotz aufgestellter Verbotsschilder nutzen und auf dem Gelände vom Eigentümer angetroffen werden?

Markus Rinderspacher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche infrastrukturellen Fortschritte hat die ehemalige Grenzlandregion Bayerns an der früheren innerdeutschen Grenze in den vergangenen 25 Jahren zu verzeichnen, welche konkreten Planungen verfolgt die Staatsregierung für die nächsten zehn Jahre, um den ehemaligen „Zonenrand“ zu unterstützen und welche konkreten Projekte umfasst diesbezüglich die Zusammenarbeit mit den Freistaaten Thüringen und Sachsen?

Florian Ritter
(SPD)

Nachdem in einem aktuellen Pressebericht der „Süddeutschen Zeitung“ vom 28. September 2014 über die Aufarbeitung des Oktoberfestattentats eine Zeugin erwähnt wird, die kurz nach dem Attentat bei der Münchner Polizei eine Zeugenaussage abgeben wollte, frage die Staatsregierung, wurde eine entsprechende Aussage durch die Münchner Polizei aufgenommen und wurde diese Zeugin oder auch andere Zeugen, die Angaben zum Oktoberfestattentat machten, durch Mitarbeiter bayerischer Behörden überwacht?

Bernhard Roos
(SPD)

Im Zusammenhang mit dem bekannt gewordenen Aufschub des Neubaus des Polizeigebäudes in Passau frage ich die Staatsregierung, warum trotz mittlerweile höchster baulicher Dringlichkeit der wahrlich alternativlose Start für das Jahr 2015 nun erneut verschoben wurde, wie stellt sich die Staatsregierung einen geregelten Dienstbetrieb für die Polizistinnen und Polizisten vor, wenn mittlerweile Feuchtigkeit in das Gebäude eindringt und sich Armierungsrost und Schimmel breit machen und die Gesundheit der Staatsdienerinnen und Staatsdiener gefährdet ist und wie hoch ist die angebliche Ersparnis durch die Verschiebung des Baubeginns von 2015 auf 2017 tatsächlich, wenn durch die Verzögerung nun bisher nicht zu kalkulierende Kosten wie Bauumplanungen, weiterlaufenden Zahlungen für angemietete Objekte und Reparaturkosten für das bestehende Gebäude in der Zwischenzeit auflaufen?

Georg Rosenthal
(SPD)

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass auch die bayerischen Hochschulen ihre Stundenlöhne für wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro anpassen müssen, frage ich die Staatsregierung, wie der Mindestlohn an den einzelnen Hochschulen umgesetzt wird – Darstellung eventueller Veränderungen bei der Anzahl der Beschäftigten bzw. der Arbeitszeiten (aufgesplittet nach Hochschulen) – und ob eine bessere finanzielle Ausstattung (Budgeterhöhung) der Hochschulen geplant ist, die die Mehrkosten ausgleicht?

Eberhard Rotter
(CSU)

Nachdem bis zum angestrebten vollständigen barrierefreien Zugang zum Schienenverkehr im gesamten Freistaat für das Jahr 2013 körperlich eingeschränkte Bahnreisende weiter auf Unterstützung durch kompetentes Fachpersonal angewiesen sind und angesichts des bereits 2008 im Rahmen der Umstrukturierung des Mobilitätsservice für mobilitätseingeschränkte Bahnreisende eingeführten „Flächenpräsenzmodells“ mit den Pilotregionen Allgäu und Rosenheim sowie aktueller, neuer Umstrukturierungspläne der Deutschen Bahn AG, in deren Zuge neben Bahnbediensteten auch Drittanbieter mit der Umsetzung des Mobilitätsservice beauftragt werden sollen, frage ich die Staatsregierung, welche Erkenntnisse und Erfahrungen aus dem Pilotprojekt gezogen werden konnten, wie diese bei künftigen Umstrukturierungsmaßnahmen einfließen und welche Qualitätsstandards für Drittanbieter zukünftig beim Mobilitätsservice zugrunde gelegt werden?

- Harry Scheuenstuhl**
(SPD) Zum Doppelhaushalt 2015/2016 frage ich die Staatsregierung, gibt es eine Gesamtübersicht zum Klimaprogramm 2050 bzw. in welchen Kapiteln und Titeln des Doppelhaushalts 2015/2016 findet sich das angekündigte Klimaprogramm 2050 wieder?
- Franz Schindler**
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, trifft es zu, dass das Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr es den Regierungen trotz der neuen Rechtsprechung, dass zur Wiedererteilung der Fahrerlaubnis nach einer strafrechtlichen Entziehung der Fahrerlaubnis wegen einer Trunkenheitsfahrt in allen Fällen, also nicht erst bei 1,6 oder mehr Promille, ein positives medizinisch-psychologisches Gutachten vorgelegt werden muss, freigestellt hat, die Fahrerlaubnisbehörden entsprechend anzuweisen, sodass diese Frage in den Regierungsbezirken unterschiedlich gehandhabt wird und falls ja, was unternimmt die Staatsregierung, um eine landes- und bundesweit einheitliche Verwaltungspraxis durchzusetzen und inwieweit können sich nach Ansicht der Staatsregierung Betroffene, denen die Fahrerlaubnis wegen einer Trunkenheitsfahrt mit weniger als 1,6 Promille entzogen worden ist, bei dem Wiedererteilungsverfahren auf Vertrauensschutz berufen?
- Gabi Schmidt**
(FREIE WÄHLER) Ich frage die Staatsregierung, existiert in der bayerischen Exekutive ein zentraler Ansprechpartner für das Gebiet Energiespeichertechnologie (bitte die Behörde und die Amtsbezeichnung angeben), was sind seine Arbeitsschwerpunkte und wie teilt sich seine Arbeitszeit im fachlichen Bereich auf?
- Helga Schmitt-Bussinger**
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, wie hoch sind die Finanzmittel für die einzelnen Projekte der Nordbayern-Initiative, wie sie am 5. August 2014 in der Kabinettsitzung im Rahmen der Heimatstrategie für Bayern mit einem Gesamtvolumen von „fast 600 Mio. Euro“ beschlossen wurden (bitte pro Projekt mit den jeweiligen vorgesehen Mitteln einzeln aufzuführen)?
- Katharina Schulze**
(GRU) Ich frage die Staatsregierung, wie wird sie sich im Bundesrat bei der Abstimmung zum nun ratifizierten Abkommen CETA verhalten, nachdem klar ist, dass das Abkommen die von der Staatsregierung abgelehnten Staat-Investor-Schiedsgerichte enthält?
- Kathrin Sonnenholzner**
(SPD) Nachdem die Staatsregierung im Rahmen des bayerischen Pandemieplans für ca. 20 Prozent der Bevölkerung die antiviralen Mittel Tamiflu und Relenza bevorratet hat, frage ich die Staatsregierung, wo lagern diese Bestände, wann werden sie voraussichtlich nicht mehr verwendungsfähig sein und welche Kosten sind bisher für Lagerung, Kontrolle und ggf. Vernichtung entstanden?
- Claudia Stamm**
(GRU) Ich frage die Staatsregierung, sind im Antrag zur Förderung des Ausbaus des Skigebietes am Sudelfeld die noch offenen Fragen zu den Fördervoraussetzungen inzwischen geklärt, insbesondere ob eine Förderung aufgrund des Einstiegs einen „Großinvestors“ überhaupt infrage kommt und wenn ja, wann ist mit einer Entscheidung zu rechnen?

Rosi Steinberger
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, besteht aus ihrer Sicht nach dem aktuell vorgelegten Bericht des Bayerischen Landesamts für Umwelt zur Situation des Grundwassers akuter Handlungsbedarfs um die Vorgaben der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie zu erfüllen und hält die Staatsregierung zu diesem Zweck Einschränkungen in der Bewirtschaftung für nötig?

Reinhold Strobl
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie beurteilt sie die Verwirklichung der Elektrifizierung und Umsetzung der Metropolenbahn als eine Fusion der Bahnverbindungen Nürnberg – Amberg – Schwandorf – Prag und München – Prag hinsichtlich einer Priorisierung der Strecke Nürnberg – Marktredwitz – Prag (wie in der Drs. 17/1877 dargelegt) und was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um die Bahnverbindungen zwischen München, Regensburg und der Region Nürnberg und Amberg nach Prag zu beschleunigen?

Martin Stümpfig
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten einzelnen Baumaßnahmen sind noch zu realisieren, damit die S4 von Nürnberg über Ansbach bis nach Dombühl verkehren kann, wie lange ist die durchschnittliche Bauzeit für die einzelnen Maßnahmen bei der Deutschen Bahn AG und aus welchen Gründen soll die S4 erst ab Ende 2018 bis Dombühl verkehren, obwohl im Jahr 2009 die damals zuständige Staatssekretärin im damaligen Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie einen Baubeginn bereits im für das Jahr 2011 in Aussicht gestellt hat und in ihrer Antwort auf die Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Mütze (Drucksache 16/12964) die Staatsregierung noch im Juli 2012 eine Betriebsaufnahme bis Ende 2014 in Aussicht gestellt hat?

Dr. Karl Vetter
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, trifft es zu, dass Planungen zur Auflösung, Umwandlung und Zusammenlegung von bayerischen Zollämtern existieren, wann ist mit der Durchführung einer derartigen Maßnahme zu rechnen (bzw. aktueller Planungsstand) und welche Zollämter wären betroffen?

Ruth Waldmann
(SPD)

Nachdem die Staatsministerin für Arbeit und Soziales, Familie und Integration, Emilia Müller, in der Sondersitzung des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration und auch in der anschließenden Plenarsitzung am 16. September 2014 in ihrem Bericht dargelegt hat, dass das Kabinett in der vorangegangenen Woche beschlossen habe, alles Menschenmögliche zu tun, um die Asylsuchenden in Bayern menschenwürdig unterzubringen und die Kommunen bei dieser Aufgabe, insbesondere der dezentralen Unterbringung, nicht allein lasse, frage ich die Staatsregierung, wie gedenkt sie den Ausbau von dezentralen Einrichtungen konkret und unbürokratisch zu unterstützen, welche Möglichkeiten gibt es für Kommunen, die solche Einrichtungen aufgrund fehlender Alternativen auf fremden, nichtstaatlichen Grundstücken errichten müssen und welche Möglichkeiten stehen den Kommunen offen, deren geplante Um- und Ausbauten für geeignete, menschenwürdige Asylbewerberunterkünfte Baukosten in Höhe von einer Million Euro übersteigen?

Angelika Weikert
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wann legt sie den mehrfach angekündigten Gesetzentwurf zur Änderung des Bestattungsgesetzes vor, der es den Kommunen mittels gemeindlicher Friedhofssatzungen beziehungsweise Friedhofsverordnungen ermöglicht, die Verwendung von Grabmalen aus ausbeuterischer Kinderarbeit zu untersagen?

Dr. Paul Wengert
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wann ist mit einer Fortschreibung der Publikation „Rote Listen gefährdeter Tiere und Gefäßpflanzen Bayerns“ zu rechnen, seit wann laufen die Erhebungen zu dieser Fortschreibung und wie beurteilt die Staatsregierung die bisherigen Ergebnisse der Datenerhebung hinsichtlich der Biodiversität in Bayern (inklusive Darstellung eventueller Lösungsansätze zur Vermeidung bzw. Verminderung des Artenschwunds)?

Jutta Widmann
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, gibt es von ihrer Seite bereits Überlegungen, wofür die Geldauflage, die im Verfahren gegen Bernie Ecclestone erzielt wurde, verwendet wird, inwiefern wird ein Teil des Geldes auch an die Kommunen verteilt (die über die Sparkassen ebenfalls an der Sanierung der BayernLB beteiligt waren) und wie hoch wird der Anteil der Gelder in diesem Fall für die Region Landshut sein?

Margit Wild
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Schüler welche Förderangebote zur „Individuellen Lernzeit“ am Gymnasium für das Schuljahr 2014/2015 wahrnehmen (bitte aufgeschlüsselt nach Bezirken, Landkreisen und kreisfreien Städten)?

Isabell Zacharias
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, in welchen Prüfungsordnungen an bayerischen Hochschulen ist eine Erklärung zur Verurteilung wegen einer vorsätzlich begangenen Straftat enthalten und zu welchem Zweck?

Benno Zierer
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Haushaltsmittel stehen im Regierungsentwurf des Doppelhaushalts 2015/2016 in welchen Haushaltstiteln für die Finanzierung von Gebietsbetreuer-Projekten zur Verfügung und wie unterscheidet sich dieser geplante Mittelansatz von dem im Doppelhaushalt 2013/2014?